
Presseinformation Nr. 110

10. Februar 2013

WOLFF:

Anerkennung darf sich nicht am Pass festmachen

BERLIN. Zu der von Sigmar Gabriel aufgebrachten Debatte um die doppelte Staatsangehörigkeit erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen und Recht der FDP-Bundestagsfraktion Hartfrid WOLFF:

Anerkennung darf sich nicht am Pass festmachen. Der Ansatz von Sigmar Gabriel für eine doppelte Staatsangehörigkeit greift daher zu kurz und ist leicht durchschaubar. Die Debatte wurde aus wahlkampfaktischen Gründen von der SPD aufgegriffen.

Dennoch ist noch einiges zu tun: Deutschland muss insgesamt für ausländische Fachkräfte attraktiver werden. Dabei müssen aber auch diejenigen unterstützt werden, die schon hier sind. Das heißt, wir müssen vor allem die Willkommenskultur deutlich besser auch in der Gesellschaft, auch in den Behörden leben: mehr Serviceorientiertheit, ein einfacheres Ausländerrecht, weniger Bürokratie und eine offenere Gesellschaft helfen. Weniger die Staatsangehörigkeit als die persönliche und berufliche Perspektive ist entscheidend. Nachdem die Bundesregierung bereits 2011 das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse verabschiedet hat, ist es unglaublich peinlich, dass die Länder z.B. für Pflegeberufe, Ingenieuren o.ä. noch kein Anerkennungsgesetz geschaffen haben. Wer etwas leistet muss auch die Anerkennung erfahren.

Verantwortlich:

Beatrix Brodkorb

Telefon

(030) 227-52388

Fax

(030) 227-56778

E-Mail

pressestelle@
fdp-bundestag.de